

Peer Steinbrück

Gerechtigkeit – Wettbewerbsvorteil in einer globalisierten Wirtschaft

Gerechtigkeit steht nicht im Widerspruch zum globalen Wettbewerb, sondern ist dessen unerlässliche Voraussetzung. Dies machte Peer Steinbrück am 14. Januar 2008 in einer Rede in Frankfurt/Main deutlich, die wir hier in gekürzter Form abdrucken.

Peer Steinbrück

(* 1947) von 2002 bis 2005 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, seit 2005 Bundesminister der Finanzen, seit 2007 stellv. Vorsitzender der SPD

peer.steinbrueck@spd.de



Uns alle interessiert die Frage nach Gerechtigkeit. Seit die Menschheit über die Gerechtigkeitsfrage diskutiert, ist sie mit einem Grundproblem konfrontiert: Gerechtigkeit lässt sich nicht auf einen objektiven Nenner bringen – sie wird immer subjektiv empfunden. Gerechtigkeit ist immer relativ.

In demokratisch verfassten Gesellschaften versuchen wir, das Dilemma des fehlenden objektiven Gerechtigkeitsbegriffs zu entschärfen, indem wir auf unsere demokratischen Institutionen zurückgreifen. Wir hoffen, dass das subjektive Empfinden einer Mehrheit, wie es in den Entscheidungen demokratisch legitimierter Gremien zum Ausdruck kommt, dem Gerechten möglichst nahe kommt.

Wir alle wissen, unsere auf Wettbewerb beruhende Wirtschaftsordnung führt zu Ungleichheiten. Das ist prinzipiell in Ordnung, solange diese Ungleichheiten auf Leistung beruhen und alle eine echte Chance bekommen. Ohne Unterschiede im Ergebnis würde der Wettbewerb seine positiven Wirkungen nicht entfalten können. Die Unterschiede dürfen aber nicht so groß werden, dass die Akzeptanz der Bevölkerung und die Legitimierung unseres

Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der Sozialen Marktwirtschaft schwinden. Bleiben andererseits die Differenzen zu gering, verzichten wir auf Wachstum – und das stellt alle schlechter.

In den vergangenen sechzig Jahren der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland ist es in weiten Teilen gelungen, wirtschaftliche Dynamik mit einer mehrheitlich als gerecht empfundenen Verteilung des erwirtschafteten Wohlstands zu verbinden. Damit konnte breite Unterstützung für dieses Modell organisiert und ein in unserer Geschichte beispielloser sozialer Frieden hergestellt werden. Eine soziale Stabilität, die einer der wichtigsten Standortfaktoren ist.

Gerechtigkeitserfahrungen

Aber seit einiger Zeit bewegen wir uns zunehmend auf eine gefährliche gesellschaftliche Schiefelage hin. Nur noch 15 Prozent der Deutschen sind der Meinung, die Einkommen seien gerecht verteilt und nur noch 5 Prozent nennen Deutschland als *das* entwickelte Land, das ihren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit am nächsten kommt.

Ohne Zweifel haben gerade in letzter Zeit die Finanzmärkte und ihre Akteure einen Gutteil zum Gefühl einer wachsenden sozialen Schiefelage beigetragen. In dem Maße, wie die Bedeutung immer komplexerer und dynamischerer Finanzmärkte für Wachstum und Beschäftigung zunimmt, wächst bei vielen Menschen die

Angst. Sie verstehen nicht mehr, was da passiert. Sie merken aber, dass ihr Leben davon stark beeinflusst wird – und zwar eher auf der Risiko- als auf der Chancen- seite. Deswegen stehen viele Menschen den Finanzmärkten und ihren Wirkungen kategorisch ablehnend gegenüber, was in einem starken Widerspruch zu der Bedeutung dieser Finanzmärkte für den Standort Deutschland steht. Hinzu treten konkrete Erfahrungen, die Menschen im Umgang mit den Finanzmärkten machen. Was sollen sie empfinden, wenn Teile ihrer Altersversorgung vernichtet werden, weil Finanzinstitute mit ihrem Geld in Risikokategorien gegangen sind, die sie offenbar nicht richtig eingeschätzt haben? Oder wenn diejenigen, die das Finanzsystem besser verstehen mit ihrem Insiderwissen innerhalb von Minuten exorbitante Gewinne erzielen können?

Das ist der gefühlte Alltag. Die Menschen haben ein sehr sensibles Gespür für Gerechtigkeit. Und diese gefühlte Gerechtigkeit ist und bleibt entscheidender Maßstab für die Politik. Deswegen dürfen sich weder die Politik noch die Wirtschaft der Verantwortung entziehen, dafür zu sorgen, dass sich die gefühlten und tatsächlichen Schieflagen zumindest nicht noch weiter verschärfen. Die Kunst besteht darin, zugleich zu verhindern, dass notwendige Korrekturen die wirtschaftliche Dynamik schwächen. Das ist die Gratwanderung. Denn wir brauchen ein höheres wirtschaftliches Wachstum als Voraussetzung für Einkommenssteigerungen, damit möglichst viele an dieser Wirtschaftsentwicklung teilhaben. Dazu zählen auch die Finanzmärkte. Sie werden – direkt wie indirekt – immer wichtiger, wenn es darum geht, Menschen konkrete Beschäftigungs- und Teilhabechancen zu eröffnen. Sie bieten selber bereits heute rund 1,2 Mio. hoch qualifizierte Arbeitsplätze und generieren fast 5 % unseres Bruttosozialproduktes. Das ist auch ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Denn eine der wich-

tigsten Formen sozialer Gerechtigkeit ist und bleibt »gute Arbeit für alle« und Teilhabe am Produkt wirtschaftlicher Leistung.

Fest steht: Die Globalisierung ist ein irreversibler Prozess. Der hieraus resultierende Stress für unsere Wirtschaft und Gesellschaft wird anhalten. Keine andere große Volkswirtschaft ist wie Deutschland so sehr involviert in das, was wir den globalen Wettbewerb nennen. Die Exportquote ist mit über 40 % mehr als viermal so hoch wie die der USA. Das heißt: Jede Abkoppelung aus der Globalisierung läuft auf Wohlstandsverluste hinaus.

Gerechtigkeit in der Globalisierung

Bei der Frage, wie viel soziale Ungerechtigkeit wir aushalten müssen, sind gerade diejenigen, die in der Einkommenshierarchie oben stehen, gerne etwas hemdsärmelig, nach dem Motto: Unter den Bedingungen der Globalisierung müssen wir mit den neuen billigeren Wettbewerbern global konkurrieren und dafür eben Abstriche bei der Verteilungsgerechtigkeit akzeptieren. Oder eine andere Tonlage: Die Löhne dürfen kaum noch steigen, gleichzeitig müssten die hohen Einkommen und Vermögen weiter entlastet werden, damit diese nicht abwandern. Das alles sei hinzunehmen. Dafür – so wird weiter argumentiert – gehe es uns im Vergleich mit Ländern wie China, Indien oder Russland auch mit ein bisschen weniger Gerechtigkeit immer noch sehr gut.

Für mich ist diese Haltung nicht akzeptabel. Denn sie setzt Globalisierung gleich mit der billigenden Inkaufnahme von mehr Ungerechtigkeit und glaubt darüber die Legitimationsgrundlagen unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems erhalten zu können. Wer so argumentiert, merkt oftmals gar nicht, dass er damit die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft

in immer weiteren Teilen unserer Gesellschaft unterminiert. Das ist gefährlich, auch für den weiterhin erforderlichen Reformkurs. Der darf weder von strukturkonservativen Reformgegnern noch von jenen diskreditiert werden, die sagen, wir brauchen viel einschneidendere Reformen.

Die deutsche Volkswirtschaft ist heute wesentlich besser aufgestellt als noch vor fünf Jahren. Aktuell zeigen uns Wechselkursentwicklungen, Ölpreisteigerungen und Finanzmarktrisiken, allerdings auch die Konjunktorentwicklung in den USA, wie fragil die gute wirtschaftliche Entwicklung sein kann. Hinzu kommt, dass weltweit immer mehr Schnellläufer – nicht nur in Asien – sehr erfolgreich darin sind, Know-how zu attrahieren. Mehr noch: Sie organisieren immer mehr Güterumschlag über Containerhäfen. Sie ziehen Touristen gerade auch im hochpreisigen Bereich an – auch durch erstklassige kulturelle Angebote. Sie gründen erfolgreich Finanzzentren, um Kapitalströme auf sich zu lenken. Die Botschaft ist klar: Wir sind von Weltregionen herausgefordert, die rasch aufholen. Werden die Länder in diesen Regionen aber auch sozial stabil bleiben? Wird eine ökonomische Entwicklung ohne eine gerechte Verteilung von Vermögen und Lebenschancen nachhaltig sein? Oder bricht das alles irgendwann ab? Das weiß niemand genau.

Für uns bedeuten diese Beispiele jedenfalls, dass die Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung weitergehen müssen. Diese Reformen müssen vor allem auch auf mehr tatsächlich wahrnehmbare Freiheit in Form von mehr gerechter Teilhabe zielen. Denn Reformen für eine größere wirtschaftliche Dynamik werden nur dann wirken, wenn wir auf dem langen Weg struktureller Veränderungen die Menschen mitnehmen. Die Akzeptanz von Reformen steht und fällt mit der wahrgenommenen Fairness oder Gerechtigkeit. Das bedeutet: Reformen, die als wachstums-

und beschäftigungsfördernd erkannt werden, können *trotzdem* abgelehnt werden, wenn sie als unfair empfunden werden. Nichts ist so wichtig wie Vertrauen in die Politik und in die gesellschaftlichen Akteure, auch in die Medien und Unternehmen, um Reformen erfolgreich durchzuführen. Wir alle wissen, dass es gerade an diesem Grundvertrauen in unserer Gesellschaft mangelt.

Umfassender Gerchtigkeitsbegriff

Ich ziehe hieraus drei Schlüsse:

Erstens: Anders als oftmals suggeriert, stehen gefühlte Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Erfolg nicht im Konkurrenzverhältnis zueinander. Für hoch entwickelte Gesellschaften gilt vielmehr: Wahrgenommene Gerechtigkeit ist eine Voraussetzung für erfolgreiche Reformen und damit für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg!

Zweitens: Eine Reduzierung des Gerechtigkeitsbegriffs auf die Umverteilungsgerechtigkeit greift heute mehr denn je zu kurz. Ohne mehr Chancengerechtigkeit, wesentlich organisiert durch einen vorsorgenden Sozialstaat und mehr Generationengerechtigkeit durch solide Haushaltspolitik, werden wir im Ergebnis keine gerechtere Gesellschaft als die heutige erreichen können – weder gefühlt noch objektiv.

Drittens: Gerade Angehörige der gesellschaftlichen Elite müssen sich ihrer Vorbildrolle bewusst werden. Die Menschen orientieren sich am Verhalten von Spitzenpolitikern und Führungskräften – im Guten wie im Schlechten. Das bringt mich wieder zur Finanzindustrie: Nirgendwo – außer vielleicht bei Ärzten und Piloten – spielt das Vertrauen in die handelnden Akteure eine so zentrale Rolle wie bei Geldgeschäften. Ohne Vertrauen können Finanzmärkte nicht funktionieren und ihre

wichtige Funktion für Wachstum und Beschäftigung erfüllen. Die Menschen werden aufhören, in ihre eigene Zukunft und die Zukunft unseres Landes zu investieren, wenn diejenigen, denen sie ihr Geld anvertrauen, damit nicht sorgfältig umgehen – und wenn das, was auf den Finanz- und Kapitalmärkten passiert, immer unverständlicher wird. Unverständliche Begriffe, die andere von Wissen und Verständnis ausschließen, wirken alles andere als vertrauensbildend! Wen wundert es da noch, wenn wir in Deutschland nicht richtig mit der Entwicklung einer Aktienkultur vorankommen?

Gerechte Wirtschaftspolitik

Wir erleben in Deutschland zurzeit eine Debatte über zwei weit klaffende Wunden im Gerechtigkeitsempfinden der Menschen. Die Stichworte lauten: Managergehälter und Mindestlohn.

Da ist zum einen das negative Vorbild wichtiger Vertreter der gesellschaftlichen Eliten: Die Eliten – ob in der Politik, in der Wirtschaft, in den Medien – haben eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Und die wird verletzt durch Maßlosigkeit, die verbreiteter ist, als verträglich. Hier benötigen wir einen Mentalitätswandel, eine Kultur der Mäßigung.

Neben der Debatte über die Managergehälter haben wir es mit der Frage zu tun, wie wir menschenwürdige Löhne für gute Arbeit erreichen. Der allzu populistische Satz »Sozial ist, was Arbeit schafft« ist ein-

fach zu wenig! Es geht um gute Arbeit, von der die Menschen auch leben können. Wenn niedrig entlohnte Arbeit nicht mehr vor Armut schützt und inzwischen 1,3 Millionen Arbeitnehmer ihren Lohn mit *Hartz IV*-Mitteln aufstocken müssen, dann ist das höchst ungerecht den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegenüber – aber auch gegenüber allen Steuerzahlern, die für die Firmen Steuern entrichten, die ihr Geschäftsmodell auf billigen Löhnen bei gleichzeitiger Aufstockung durch *Hartz IV* aufbauen. Deswegen sind angemessene flächendeckende Mindestlöhne richtig.

Ob es gelingt, in diesem Land eine breite gesellschaftliche Unterstützung für notwendige weitere Reformen zu organisieren, hängt entscheidend auch davon ab, ob die Elite aus Wirtschaft und Gesellschaft die Gerechtigkeitskomponenten wichtiger Reformen in ihren öffentlichen Äußerungen stärker als bisher einbeziehen. Wer fast schon reflexartig ruft, die Reformen gingen nicht weit genug, macht den Menschen Angst und diskreditiert die Reformvorhaben. Wenn die Eliten in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Medien ihre Vorbildfunktion nicht wahrnehmen, schaden sie der Legitimation unserer Sozialen Marktwirtschaft.

Gerechtigkeit in dem von mir beschriebenen umfassenden Verständnis ist ein wichtiger Pfeiler für die Stabilität und die Reformfähigkeit unseres Wirtschaftssystems, die wiederum langfristige Voraussetzung für den Erfolg im globalen Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsmodellen ist.